



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

Fax : (0221)

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 11.03.2013

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Umwelt und Grün vom 07.03.2013**

öffentlich

**7.1 173. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 7, Köln-Porz
Arbeitstitel: "Norderweiterung der Industrieflächen des Airport-
Business-Parks" in Köln-Porz-Gremberghoven
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
1801/2012**

RM Herr Dr. Welpmann erwähnt, die Vorlage betreffe einen Bereich, auf dem ein GI-Gebiet nach Norden erweitert werden solle und ein weiter östlich bestehendes Gewerbegebiet, das teilweise zurückgenommen und als Kompensation angeboten werden solle.

Tatsächlich stelle sich die Situation real etwas anders dar, da diese zweite Fläche nur zu einem kleinen Teil als Gewerbegebiet genutzt werde. Ein größerer Teil, nämlich die gesamte westliche Hälfte, sei faktisch Brachfläche. Herr Dr. Welpmann betont die ökologische Wertigkeit der Fläche und regt namens der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen an, sofern das möglich sei, die Rücknahme im Sinne einer größeren naturschutzfachlichen Kompensation für den Eingriff etwas zu vergrößern.

Er betont, die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen stimme der Vorlage ungeändert zu, er frage jedoch, ob die Vergrößerung der Rücknahme möglich sei.

Herr Scheu informiert über den Hintergrund für die vorgeschlagene Kompensation. In der Diskussion hinsichtlich der FNP-Änderung habe es seitens der Bezirksregierung Bedenken gegeben. Die Bezirksregierung habe geäußert, sie könne einer Norderweiterung nur zustimmen, wenn an anderer Stelle in größerem Zusammenhang eine GE-Ausweisung zurückgenommen werde.

Bei einem Vergleich zwischen dem FNP und dem Regionalplan sei festgestellt worden, dass es an verschiedenen Stellen Differenzen gebe. In der Bilanz stelle der FNP insgesamt weniger GE- und GI-Flächen dar, als nach dem Regionalplan mög-

lich wäre; beispielsweise habe man östlich entlang der Wikingerstraße durch Bebauungsplan eine größere Fläche gesichert, die so im Regionalplan nicht enthalten sei. Man habe sich mit der Bezirksregierung darauf geeinigt, dass die Rücknahme der GE-Fläche, so, wie sie jetzt in der Beschlussvorlage ausgewiesen sei, ausreichend sei, um die Ausweitung der nördlichen Fläche im FNP-Verfahren so zu ermöglichen.

Zudem habe die Grundstückseigentümerin dargestellt, dass es Interessenten gebe, sowohl für die von Herrn Dr. Welpmann vorgeschlagene Fläche, als auch für die Fläche, die aus der GE-Nutzung herausgenommen werden solle.

RM Herr Bacher macht deutlich, dass die SPD-Fraktion die Vorlage nicht unbedingt begrüße, sie aber nachvollziehe und man ihr daher zustimmen werde. Er betont, dass man Wert auf einen ortsnahen – und nicht auf einen finanziellen – Ausgleich lege.

Herr Scheu informiert darüber, dass man in dem B-Plan-Verfahren zum Ausgleich für die Norderweiterung insgesamt 10 Hektar externe Ausgleichsflächen identifiziert habe. Der von der Grundstückseigentümerin beauftragte Landschaftsplaner prüfe im Sinne des Umweltausschusses, wie sich dieser Ausgleich auf der Rücknahmefläche darstellen lasse.

Beigeordneter Herr Höing weist auf die Flächenknappheit des gesamten Kölner Stadtgebietes hin. Insbesondere seien Flächen für Wohnungsbau dringend erforderlich und man werde in Zukunft auch innerhalb der Verwaltung intensive Debatten zu Flächenkonkurrenzen führen müssen. Im konkreten Fall plädiere er dafür, bestimmte Anteile von Gewerbeflächen zu sichern.

Herr Dr. Welpmann macht darauf aufmerksam, dass die reale Nutzungssituation der Fläche einen hohen Biotop-Charakter besitze. Daher stelle der Vollzug der bisher vorgesehenen Ausweitung faktisch wieder einen neuen Eingriff darstelle, der vermeidbar wäre, indem die Abgrenzungen anders vorgenommen werden.

Nach einer weiteren umfassenden Diskussion stellt die Ausschussvorsitzende die Vorlage der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt

1. für den im planungsverbindlichen Flächennutzungsplan (FNP) in der Anlage 1 dargestellten Bereich eine Planänderung gemäß § 2 Absatz 4 Baugesetzbuch (BauGB) mit dem Ziel einzuleiten, Grünfläche in Industriefläche umzuwandeln (Anlagen 2 und 3) mit entsprechendem Ausgleich durch Umwandlung von Gewerbefläche in Grünfläche;
2. auf eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung zu verzichten, da die Unterrichtung und Erörterung gemäß § 3 Absatz 1 BauGB im Parallelverfahren zum Bebauungsplan bereits stattgefunden hat;
3. die 173. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 7, Köln-Porz, – Arbeitstitel: "Norderweiterung der Industrieflächen des Airport-Business-Parks" in Köln-Porz-Gremberghoven– gemäß § 3 Absatz 2 BauGB mit der gemäß § 5 BauGB als Anlage 4 beigefügten Begründung und Umweltbericht offenzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.